

## AKTUELL

ERDÜBERLASTUNGSTAG

# 7,7 Planeten

Joël Adami

**Luxemburg lebt über seine Verhältnisse: Am vergangenen Dienstag war der nationale „Overshoot Day“. Während Umweltorganisationen diesen Fakt kritisierten, ignoriert die Politik ihn weitestgehend.**

Der 17. Februar markiert auch 2026 den „Erdüberlastungstag“ für Luxemburg. Würde die ganze Welt so viele Ressourcen verbrauchen wie das Großherzogtum, wären bereits nach der zweiten Februarwoche keine nachwachsenden Ressourcen mehr vorhanden. Die Menschheit bräuchte also insgesamt 7,7 Erden, wollten alle so leben wie Luxemburger\*innen. Das Land steht damit international an zweiter Stelle nach Katar, das den „Overshoot Day“ bereits am 4. Februar hatte. Das nächste europäische Land ist Dänemark (20. März). Ausgerechnet werden diese Zahlen jedes Jahr vom „Global Footprint Network“. Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2024, die mit Berechnungen aus 2025 aktualisiert wurden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich Luxemburg weder verschlechtert noch verbessert.

Das Footprint Network veröffentlicht einen zusätzlich Wert, den „Defizittag“. Dieser gibt an, ab wann ein Land seine eigene Biokapazität verbraucht hat. Dieser Stichtag war für Luxemburg bereits am 11. Februar. Zu beachten ist bei dieser Betrachtungsweise, dass nicht alle Länder gleich viele Ressourcen haben. So haben die Industrieländer Kanada und Aotearoa („Neuseeland“) trotz „Overshoot Day“ keinen Defizittag.

## Die Politik ist desinteressiert

Der Luxemburgische Nachhaltigkeitsrat (Conseil supérieur pour un développement durable – CSDD) verkündete via Pressemitteilung, der Overshoot Day sei „trotz Kritiken an der Methodik essenziell“, da er „unseren Überkonsum aufzeigt und uns dazu auffordert, über andere ökonomische und gesellschaftliche Modelle nachzudenken, um in den Grenzen des Planeten zu bleiben.“ Weiter heißt es in dem Schreiben, es sei wichtig, die kollektive Verantwortung anzunehmen, statt individuelle Verhaltensweisen anzuprangern. Der CSDD regt dazu an, die notwendige ökologische Transition als Chance zu sehen.

Auf konkrete Sektoren, die der Nachhaltigkeitsrat 2023 in einer gemeinsam mit dem „List“ durchgeführten Studie als die schwerwiegendsten für den ökologischen Fußabdruck des Landes identifiziert hatte, wies er jedoch nicht hin. Die Aufgabe übernahm

die NGO-Plattform „Votum Klima“, die daran erinnerte, dass es sich um Tanktourismus, Ernährung, Industrieprodukte, privaten Konsum, Baugewerbe, Dienstleistungssektor und Luftfracht handelte. In dieser Berechnung kam man auf 6,88 Planeten, davon allein 1,63 für den Tanktourismus. Damit sei klar, dass der frühe Overshoot Day Luxemburgs kein unveränderbares Schicksal sei, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen, urteilte die Plattform in ihrer Pressemitteilung.

Zur Verdeutlichung der Problematik hat Votum Klima eine Weltkarte veröffentlicht, in der alle Länder so groß wie ihr ökologischer Fußabdruck sind: Europa sieht vollkommen verzerrt aus, mit einem gigantisch aufgeblasenem Luxemburg. Der afrikanische Kontinent hingegen schrumpft gravierend, weil vor allem die Länder der Subsahara viel weniger Ressourcen verbrauchen. Die NGO-Plattform fordert statt dem von Premierminister Luc Frieden (CSV) auf Wunsch der Industrielobby „Fedil“ ausgerufenen „Jahr der Wettbewerbsfähigkeit“ eine gänzlich andere Politik. Sie will eine strukturelle Reduzierung des Ressourcenverbrauchs, einen schnelleren Ausstieg aus fossilen Energien und eine Reorientierung des Finanzplatzes.

Für seine Rede an der US-Universität Harvard erntete Frieden viel Lob. Doch Votum Klima kritisiert vor allem eine Aussage: Europa schaffe es, ökonomisch zu wachsen und soziale und ökologische Grenzen zu achten. Mehr hatte die Regierung auch nicht zum Erdüberlastungstag zu sagen. Vor zwei Jahren mahnte Martine Hansen (CSV) in ihrer Rolle als Verbraucher\*innen-schutzministerin noch dazu, nachhaltiger zu konsumieren und alte Geräte zu reparieren, statt neue zu kaufen – 2026 gab es keinerlei Mitteilungen zu dem Thema.

Auch die Oppositionsparteien hielten sich überraschend bedeckt: So ließen sich „Déi Gréng“ lediglich zu einer Fotocollage hinreißen, in der Sprecher Francois Benoy seine Klimasünden (Fondue, Skifahren, Autofahren, hohe Handynutzung) aufzählt und fragt, was die Regierung denn tue. Die LSAP veröffentlichte ein kurzes Video, in dem Franz Fayot eine nachhaltigere Politik und Wirtschaft fordert. Die Prioritäten scheinen jedoch, wie bei der Regierung, derzeit woanders zu liegen.

## Brauchtum mit Beigeschmack

(tj) – Im luxemburgischen Saeul wird seit den 1980er-Jahren jährlich eine Strohfigur in Gestalt einer „Hexe“ verbrannt. Das sogenannte „Hexbrennen“ geht Medienberichten zufolge auf einen Streit junger Männer mit einer Wirtin zurück, die sie als „Hexe“ bezeichneten. Aus dieser Episode entwickelte sich eine lokale Tradition im Umfeld des „Buergebrennens“: Eine Strohfigur wird öffentlich aufgestellt und unter Beteiligung von Vereinen und Dorfbewohner\*innen verbrannt. Zwar handelt es sich um eine symbolische Figur, die für das Ende der Fastnacht stehen soll, doch die Bezeichnung ist historisch stark belastet. In Europa waren Hexenverfolgungen über Jahrhunderte hinweg mit der Diffamierung, Folter und Tötung von Frauen verbunden. Der Begriff diente häufig dazu, unbequeme oder sozial abweichende Frauen zu stigmatisieren. Die bisherige Berichterstattung, etwa durch die „Luxembourg Times“, das „Luxemburger Wort“ oder RTL.lu, ordnet diese Aspekte kaum ein. Der Fokus liegt stattdessen auf Engagement, Ehrenamt und Dorfgemeinschaft. Kaum hinterfragt wird, welches Frauenbild hier mitschwingt oder warum eine frauenfeindliche Beleidigung zur identitätsstiftenden Tradition erhoben wurde.

## Ukraine : défendre les droits syndicaux

(fg) – « L’Ukraine ne peut être défendue que si ses salariés sont respectés, consultés et impliqués dans les processus de décision », affirme la Confédération européenne des syndicats (CES), à l’issue d’une rencontre avec des syndicats ukrainiens, à Bruxelles, le 3 février. Cette réunion de coordination avait pour objectif de renforcer la coopération entre la CES et des syndicats européens avec leurs homologues ukrainiens. Si tout le monde convient que la situation est complexe du fait de la guerre d’agression menée par la Russie, « plusieurs projets de loi soulèvent de vives inquiétudes, notamment en matière de représentativité syndicale, de couverture des conventions collectives et de respect de la liberté syndicale », constate la CES, dans un communiqué relayé par l’OGBL. En parallèle à l’aide humanitaire déjà en place entre syndicats européens et ukrainiens, la CES « travaille activement à formuler des amendements juridiques et à faire pression pour que ces réformes soient conformes aux normes sociales européennes et internationales », indique l’organisation. Une autre préoccupation concerne la reconstruction à venir : « Celle-ci devra impérativement placer le travail décent, la protection sociale et la négociation collective au cœur des politiques publiques et des investissements, notamment à travers des règles strictes en matière de marchés publics », insiste la CES, alors que l’Ukraine fait toujours face à un haut niveau de corruption.

## EU schlecht auf Klimakrise vorbereitet

(ja) – Am vergangenen Dienstag veröffentlichte der „Europäische Wissenschaftliche Beirat für Klimawandel“ einen neuen Bericht. Darin spricht er Empfehlungen aus, wie sich die Europäische Union besser an die vom Menschen verursachten Klimaveränderungen anpassen kann. Bereits jetzt liegt die weltweite Durchschnittstemperatur 1,4 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau. Der europäische Kontinent erwärmt sich jedoch doppelt so schnell wie das globale Mittel, sodass es hier häufiger zu schweren Klimaschäden kommt. Dazu zählen Hitzewellen mit zehntausenden Todesopfern, Dürren, Waldbrände und Überschwemmungen, wie sie in den letzten Tagen in Spanien, Portugal und Frankreich zu beobachten waren. „Diese zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels verdeutlichen, dass die Stärkung der Klimaanpassung keine Option, sondern eine Notwendigkeit ist, um Menschenleben, Existenzgrundlagen und Europas wirtschaftliche Grundlagen zu schützen“, so Ottmar Edenhofer, der Vorsitzende des Beirats. Die EU müsse verbindliche und harmonisierte Klimarisikobewertungen einführen sowie konkrete Pläne zur Anpassung an die Klimakrise ausarbeiten. Bei der Ausarbeitung von Maßnahmen sei darauf zu achten, dass diese gerecht und fair gestaltet werden. Hohe Investitionen seien nötig, um künftig noch größere Kosten der Klimafolgen zu vermeiden. Der Beirat betont jedoch auch, dass der Klimaschutz nicht ins Hintertreffen geraten dürfe. Jeder weitere Anstieg der globalen Temperaturen verstärke die katastrophalen Folgen. „Tiefgreifende und nachhaltige Emissionsreduktionen bei gleichzeitiger Ausweitung der CO<sub>2</sub>-Entnahmen“ seien daher unerlässlich.